

Pressemappe

Nein zum Kopftuchverbot

1. Einladung zur Pressekonferenz von Vertreter:innen der Zivilgesellschaft am 6.2.
2. Weiterführende Informationen
 - a. Anhang: Aufruf des Bündnisses “Nein zum Kopftuchverbot” zur Demonstration am 13.02.2026
 - b. Anhang: Flyer von und für Lehrpersonen - Argumente gegen das Kopftuchverbot

Kontakt:

info@schulebrennt.at

Sarah Moayeri (Ansprechperson Schule brennt / Nein zum Kopftuchverbot): +436704078015



Einladung zur Pressekonferenz

Datum: 6.2.2026

Uhrzeit: 10 Uhr

Adresse: Café Edison, Alser Straße 8 1080 Wien

Kopftuchverbot: Massive Eingriffe in Religionsfreiheit, Selbstbestimmung und Kinderrechte

Das Kopftuchverbot tritt mit dem Start des Sommersemesters 2026 etappenweise in Kraft. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen, Religionsgemeinschaften, Pädagog:innen sowie Rechtsvertreter:innen kritisieren das Gesetz als schwerwiegenden Eingriff in die Religionsfreiheit und die Selbstbestimmung junger Frauen und Mädchen. Es stigmatisiert muslimische Mädchen, fördert Ausgrenzung und widerspricht menschenrechtlichen und verfassungsrechtlichen Prinzipien. Bei der Pressekonferenz bringen Betroffene und Gegner:innen des Gesetzes ihre Argumente vor. Sie informiert über die rechtlichen, pädagogischen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen des Gesetzes.

Sali Attia, Lehrerin im 10. Bezirk und Vertreterin der Initiative *Schule brennt*, betont den Bildungsauftrag der Schulen: „*Schule muss ein Ort sein, an dem Kinder unabhängig von Herkunft oder Religion respektiert werden. Ein Kopftuchverbot greift in die persönliche und religiöse Freiheit ein und trifft vor allem Mädchen, statt sie zu stärken. Bildung braucht Offenheit, Dialog und Vertrauen – keine Ausgrenzung.*“

Sandra Konstatzky, Leiterin der Gleichbehandlungsanwaltschaft, warnt vor gesellschaftlichen Folgen: „*Wir haben bereits 2019 gesehen, dass ein ähnlicher Gesetzesvorstoß zu mehr antimuslimischem Rassismus in allen Lebensbereichen führte. Rassistische Belästigung ist durch das Gleichbehandlungsgesetz verboten, und auf dieser Grundlage werden wir Betroffene bestmöglich unterstützen.*“

Rechtsanwalt **Marawan Mansour** setzt sich für die Rechte Betroffener ein. „*Das Kopftuchverbot ist ein schwerwiegender Grundrechtseingriff. Der VfGH hat schon einmal im Jahr 2020 das Kopftuchverbot an Volksschulen als diskriminierend aufgehoben. Ich bin optimistisch, dass Betroffene, die sich rechtlich gegen das Kopftuchverbot wehren, Erfolg haben werden.*“

Dunia Khalil, Leiterin der Rechtsberatung der Dokumentationsstelle Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus, betont: „*Der Gesetzesentwurf stellt eine strukturelle Diskriminierung von Musliminnen dar. Unter dem Vorwand der Selbstbestimmung wird genau jene Freiheit eingeschränkt, die er zu schützen vorgibt. Es handelt sich um reine politische Symbolpolitik.*“

Gerade daher ist das breite, gesellschaftliche Engagement unterschiedlicher Milieus entscheidend, um die demokratischen Rechte zu schützen:

Malika Mataeva, Anmelderin einer Demonstration „Für Bildungsfreiheit – Gegen das

Kopftuchverbot“ am 13. Februar und Vertreterin des *Muslim Women Network*, berichtet von den bestehenden Aktivitäten „*Wir haben uns mit vielen unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammengeschlossen, um ein öffentlich hörbares Zeichen gegen die Feindbildpolitik der Regierung zu setzen. Rassistische Symbolpolitik hat in einem demokratischen Rechtsstaat keinen Platz. Das Kopftuchverbot ist kein Kinderschutz, sondern staatlich legitimierter Rassismus. Es bevormundet muslimische Mädchen und ist ein antifeministischer Eingriff in ihr Recht auf Selbstbestimmung.*“

In einer Videobotschaft erklärt auch **Schwester Beatrix Mayrhofer** ihre Solidarität: „*Ich bin selbst Ordensfrau. Was drücken wir denn damit aus über Religionsfreiheit, über Menschenwürde, über die Achtung der einzelnen Persönlichkeit? Und wie unterstützen wir gerade junge Menschen dabei, zu sich selbst, zu ihrer Identität und zur Wahrhaftigkeit in ihrem Leben zu finden?*“ Das Verbot stellt grundlegende Aspekte der Religionsfreiheit, Menschenwürde und des respektvollen Umgangs mit jungen Menschen in einer pluralistischen Gesellschaft infrage.

Im Anschluss werden zudem Stimmen betroffener Mädchen gehört.

Wir freuen uns über Ihre Teilnahme und Berichterstattung.

Für Rückfragen und Interviewanfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Kontakt:

info@schulebrennt.at

Sarah Moayeri (Ansprechperson Schule brennt / Nein zum Kopftuchverbot): +436704078015

Anhang: Aufruf zur Demonstration

13.02.2026

17 Uhr

Platz der Menschenrechte Wien

Das Kopftuchverbot für Mädchen unter 14 Jahren an Schulen greift massiv in grundlegende Rechte ein: In die Religionsfreiheit, in das Recht auf Selbstbestimmung sowie in das Recht auf eine diskriminierungsfreie Bildung. Aus diesen Gründen wurde ein ähnliches Gesetz bereits als verfassungswidrig aufgehoben: **Es führt zur Schlechterstellung einer ganzen Menschengruppe - Musliminnen - und verletzt die Religionsfreiheit.** Das im Parlament beschlossene Verbot ist Ausdruck einer **autoritären Wende** im Bildungssystem. Es betrifft nicht nur die unmittelbar betroffenen Schülerinnen, sondern unsere gesamte Gesellschaft: Unsere Demokratie, die Schule als Lern- und Schutzraum für alle Schüler:innen, Lehrpersonen, die täglich mit Vielfalt arbeiten, sowie Eltern und alle Menschen, die sich gegen Rassismus, Ausgrenzung und Entrechtung von muslimischen Mädchen und jungen Frauen stellen und Kinder- und Frauenrechte verteidigen wollen. Das Kopftuchverbot steht exemplarisch für eine Politik, die Grundrechte einschränkt, Ungleichbehandlung ermöglicht und Feindbilder schafft. **Die Regierung greift die Rechte von jungen Musliminnen an, um von den echten Missständen in den Schulen abzulenken, die Ergebnis ihrer jahrzehntelangen Sparpolitik sind.** Der Vorwand ist angeblicher "Kinderschutz", doch an die Stelle von Unterstützung tritt Unterdrückung. Betroffene Mädchen stehen am Beginn ihres Bildungswegs. Sie werden durch das Verbot aufgrund ihrer religiösen oder kulturellen Zugehörigkeit zur Projektionsfläche rassistischer Debatten.

Das widerspricht dem Anspruch, Schule als Ort der Sicherheit, Vielfalt und persönlichen Entwicklung zu gestalten. Dem Verbot entgegenzutreten bedeutet, für Gleichberechtigung, Respekt und ein solidarisches Miteinander einzustehen. Es handelt sich daher keineswegs um ein Randthema, sondern um die Verteidigung demokratischer Grundrechte.

Diese Demonstration ist ein **friedlicher, demokratischer Appell** für eine Gesellschaft, die niemanden aufgrund von Religion, Kultur oder Herkunft ausschließt. Wir wollen einen Raum schaffen, in dem die Stimmen der Betroffenen gehört werden und Solidarität sichtbar wird. Lasst uns gemeinsam laut, sichtbar und solidarisch sein – für die Rechte der jungen Mädchen, für Bildung ohne Ausgrenzung und für ein Österreich, in dem soziale, kulturelle und demokratische Rechte für alle Menschen gleichermaßen gelten.

Wir fordern:

- die Abschaffung des Kopftuchverbots für Mädchen an Schulen
- die Einhaltung der Religions- und Bekleidungsfreiheit
- ein diskriminierungsfreies und ausfinanziertes Bildungssystem
- Mehr Sozialarbeit und Jugendvorsorge an Schulen
- den Schutz von Kinder- und Frauenrechten

**Die Demonstration wird von einem breiten, zivilgesellschaftlichen Bündnis organisiert.
Instagram-Seite des Bündnisses:
@nein.zum.kopftuchverbot**

Redner:innen auf der Demonstration:

- Stimmen betroffener Mädchen
- Rosa Logar, Gewaltschutzexpertin und Frauenaktivistin
- Malika Mataeva, Muslim Women Network
- Marawan Mansour, Rechtsanwalt
- Tobias Wiesinger, Lehrer, Schule brennt
- Karin Wilflingseder, Elementar-, Hort- und Freizeitpädagogin und Gewerkschafterin
- Axel Magnus, Gewerkschafter:innen gegen Notstandspolitik
- Moishe Ephraim Israel, Lehrer, jüdische und äthiopische Wurzeln

Moderation: Sali Attia, Lehrerin und Irina Vana, Soziologin und Aktivistin

Anhang: Flyer von und für Lehrpersonen - Argumente gegen das Kopftuchverbot

HANDLUNGSSTRATEGIEN GEGEN (ANTIMUSLIMISCHEN) RASSISMUS IN DER SCHULE

1) Was ist antimuslimischer Rassismus?

Antimuslimischer Rassismus bedeutet, Menschen abzuwerten, weil sie Muslim:innen sind / dafür gehalten werden. Dazu gehören Vorurteile, Beleidigungen, Gewalt. Verhaltensweisen, soziale Verhältnisse (Armut, Kriminalität) werden mit "Kultur" / Religion / Herkunft erklärt und Menschen in einen Topf gesteckt ("Die sind so").

2) Stereotype sichtbar machen

Muslim:innen werden oft mit Extremismus, Unterdrückung oder Gewalt verbunden – das sind Vorurteile. Solche Bilder kommen aus Medien & politischen Debatten. In der Schule sollten wir Stereotype benennen und durch Wissen ersetzen.

3) Betroffenen zuhören & ernst nehmen

Wenn jemand sagt, er oder sie erlebt Ausgrenzung, ist das nicht „Empfindlichkeit“, sondern meist real. Zuhören heißt: nicht relativieren, nicht erklären, sondern fragen: Wie kann ich helfen?

4) Sprache und "Witze" hinterfragen

„Nur Spaß“ ist kein Schutzschild für verletzende Aussagen. Witze über Religion, Herkunft oder Namen können tiefe Spuren hinterlassen. In einer respektvollen Schule gibt es Humor ohne Herabwürdigung.

5) Zivilcourage zeigen

Wer Rassismus bemerkt, darf nicht schweigen. Sicher einschreiten heißt: Unterstützung holen, Betroffene stärken, Grenzen benennen. Auch kurze Sätze („Das ist nicht okay“) helfen. Das Kopftuchverbot ist ein rassistisches Gesetz. Es gibt Wege, es zu umgehen & Kinder & Jugendliche zu schützen. Ein erster Schritt kann sein, das Thema mit vertrauten Kolleg:innen zu diskutieren. Schüler:innenparlamente, Konferenzen oder Teamsitzungen können ebenso ein Ort des Austauschs sein. Schreib uns, wenn du Unterstützung dabei brauchst, Kolleg:innen bei dir am Standort zu überzeugen, es nicht umzusetzen.

ANLAUFSTELLEN UND WEITERE QUELLEN

Kübra Gümüşay – Sprache und Sein
Melisa Erkurt – Generation Haram. Warum Schule lernen muss, allen eine Stimme zu geben
Tupoka Ogette – exit RACISM. Rassismuskritisch denken lernen
Merve Kayikci & Sibel Schick (Hrsg.) – Eure Heimat ist unser Albtraum
Maisha Auma, Peggy Piesche & Susan Arndt (Hrsg.) – Wie Rassismus aus Schulbüchern spricht
Elif Özmenek Çarmıklı & Gönlü Öztürk – Musliminnen – Wer sie sind, was sie bewegt
Gleichbehandlungsanwaltschaft. www.gleichbehandlungsanwaltschaft.gv.at
Dokumentationsstelle Antimuslimischer Rassismus. www.dokustelle.at
Zara. Zivilcourage & Antirassismus-Arbeit. www.zara.or.at

MY HIJAB - MY CHOICE

ARGUMENTE GEGEN DAS KOPFTUCHVERBOT UND RASSISMUS AN SCHULEN



Schreib uns auf Instagram:



@teachers4palestine_austria



@schulebrent_

ARGUMENT 1: „ALLE MÄDCHEN MIT KOPFTUCH WERDEN UNTERDRÜCKT UND TRAGEN ES NICHT FREIWILLIG.“

FAKT: Studien zeigen: Die meisten Mädchen entscheiden sich bewusst für das Kopftuch – aus Glauben, Identität oder Zugehörigkeit, nicht aus Zwang. Die Idee "muslimische Mädchen retten zu wollen" entmündigt sie – und reproduziert genau die Unterdrückung, die es zu bekämpfen vorgibt. Die Regierung hat **keine** wissenschaftlich fundierten Zahlen oder Studien vorgelegt, die überhaupt erfassen, wieviele Mädchen in Österreich einen Hijab tragen, aus welchen Motiven und wieviel "Zwang" es gibt.

ARGUMENT 2: "DAS KOPFTUCH WIDERSPRICHT DER GLEICHBERECHTIGUNG"

FAKT: Gleichberechtigung heißt, dass jede Frau und jedes Mädchen selbst über ihren Körper und ihre Kleidung entscheiden darf – ob Minirock oder Kopftuch. Ein Verbot ist kein Schutz, sondern ein Eingriff in die Selbstbestimmung. Gleichberechtigung bedeutet auch Schutz vor sexistischer und rassistischer Diskriminierung. Zahlreiche Studien (u.a. neueste Veröffentlichungen der Gleichbehandlungsanwaltschaft) belegen, dass Frauen und Mädchen 80% der Betroffenen von antimuslimischem Rassismus ausmachen.

ARGUMENT 3: „RELIGIÖSE SYMBOLE HABEN IN DER SCHULE NICHTS VERLOREN.“

FAKT: Schulen sind Orte der Vielfalt, nicht der Einfalt. Die Verfassung schützt die Religionsfreiheit. Neutralität bedeutet nicht Unsichtbarmachung einer einzelnen Religion, sondern gleiche Rechte für alle. Die Tatsache, dass sich die Debatte ausschließlich um den Hijab dreht und nicht beispielsweise um Kreuze in Klassenzimmern zeigt, dass es sich hier um antimuslimischen Rassismus handelt. "Aus verfassungsrechtlicher Sicht ist es nicht zulässig, nur eine bestimmte Deutung bei einem religiösen oder weltanschaulichen Symbol herauszugreifen, um damit grundrechtliche Eingriffe zu rechtfertigen." (Zitat Gleichbehandlungsanwaltschaft)

ARGUMENT 4: „DAS KOPFTUCH IST EIN POLITISCHES SYMBOL.“

FAKT: Für die meisten Trägerinnen ist das Kopftuch ein persönliches, religiöses oder kulturelles Zeichen, kein politisches. Diese Fremdzuschreibung kommt von außen – nicht von den Mädchen selbst. Ebenso könnte man fragen, ob das Kreuz oder die Kippa nicht auch politische Symbole seien. Nur weil Staaten oder politische Kräfte Religionen instrumentalisieren heißt das nicht, dass die individuelle Religionsfreiheit beschnitten werden darf.

ARGUMENT 5: "ES GEHT UM DEN SCHUTZ VON KINDERN"

FAKT: Wirksame Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen – insbesondere Mädchen – wären Investitionen in Sozialarbeit, Gewaltschutzeinrichtungen, Jugendarbeit und mehr. Tatsächlich bewirkt ein Kopftuchverbot bei Mädchen, die von Gewalt und Bevormundung betroffen sind, das Gegenteil: Lehrpersonen und Pädagog:innen haben keine Vertrauensbasis mehr und die Mädchen werden stärker isoliert. Zudem verstärkt allein die Debatte schon rassistische Diskriminierung: "Laut der letzten FRA-Studie ist Österreich das EU-Land, in dem antimuslimischer Rassismus am weitesten verbreitet ist: 71 % der Befragten haben in den letzten 5 Jahren rassistische Erfahrungen aufgrund ihrer muslimischen Glaubenszugehörigkeit gemacht." (Gleichbehandlungsanwaltschaft)

ES IST DIE PFlicht ALLER LEHRPERSONEN, SICH FÜR EIN DISKRIMINIERUNGSFREIES BZW. RASSISMUSKRITISCHES LERNUMFELD EINZUSETZEN.

WIR SIND NICHT MACHTLLOS - WIR KÖNNEN GEGEN DAS KOPFTUCHVERBOT AKTIV WERDEN. WIR BOYKOTTIEREN DIESES GESETZ. WIR ORGANISIEREN PROTESTE. WIR VERNETZEN UNS.

SCHREIB UNS UND MACH MIT!